

Delegiertenversammlung BDP Schweiz

Samstag, 17. Januar 2015, Winterthur

Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

SPERRFRIST: Samstag, 17.1.2015, 10 Uhr

Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Geschätzte Gäste

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Verbunden mit den besten Wünschen für das Neue Jahr begrüsse ich Sie herzlich hier in Winterthur zu unserer heutigen Delegiertenversammlung. Es ist nicht nur die erste Delegiertenversammlung in Neuen Jahr 2015, sondern auch unsere erste und somit die Auftaktveranstaltung zum Wahljahr. Ja, das Jahr 2015 ist ein Wahljahr – und nein, es wird in diesem Jahr nicht nur um Politik und Wahlen gehen – nicht gehen dürfen...

Gerade ein Blick auf die jüngsten Ereignisse zeigt deutlich und schmerzhaft, dass hinter, vor und neben der Politik auch die Gesellschaft steht und von ihr betroffen ist. Es geht nicht nur um politische Propaganda, Forderungen und Positionsbezüge – es geht eben immer auch um Menschen. Menschen, die von der Politik betroffen sind, ob sie dies wollen oder nicht.

Die tragischen Ereignisse in Frankreich haben uns aufgezeigt, dass Extremismus eine Realität ist, die unsere Gesellschaft unvermittelt und ihrer vollen Ausprägung treffen kann. Und sie müssen uns lehren, dass Extremismus zwar bekämpft, aber nicht mit Extremismus beantwortet werden darf. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Attentat in Paris darf nicht zu missbräuchlicher Hetzerei genutzt werden. Und wer nach Paris schaut, darf dabei nicht Dresden und andere Städte aus den Augen verlieren.

Wir alle sind „Charlie“. Wir wollen die Grundrechte und Menschenrechte verteidigen. Aber nicht nur „unsere“, sondern auch diejenigen der „Anderen“... Dazu gehören das Recht auf eine eigene Meinung und deren freie Äusserung ebenso wie beispielsweise die Religionsfreiheit. Nicht zuletzt deshalb hat die Schweiz 1974 die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ratifiziert. Es sind eben nicht Selbstverständlichkeiten, die dort geregelt werden, sondern ein hohes Gut. Dazu müssen und wollen wir Sorge tragen.

Wehren wir den Anfängen, indem wir kritisch und aufmerksam diejenigen beobachten, welche „Wehret den Anfängen“ am lautesten schreien. - Politik betrifft die Gesellschaft, sie be-

trifft Menschen. Und Extrempositionen – egal von welcher Seite – gefährden die Gesellschaft und ihre Menschen. Solche Positionen haben in der Politik nichts verloren, sie schaden der Gesellschaft, sie schaden unserem Land.

Deshalb stehen wir als BDP so gerne in der Mitte, auch wenn vielfach medial eben gerade nicht die Mitte in den Mittelpunkt gestellt wird, sondern die extremen Pole – weit links und weit rechts der Mitte. Anstatt die Wichtigkeit und die Lösungsorientierung der Mitte hervorzuheben, wird lieber abgewogen, ob sich die Mitte jetzt gerade nach rechts oder nach links verschoben hat. Geht gar nicht, meine Damen und Herren, denn die Geometrie lehrt uns: Die Mitte ist immer in der Mitte! Alles, was rechts oder links der Mitte ist, ist nicht in der Mitte...

Und genau in dieser Mitte werden wir auch im Wahljahr unsere Schwerpunkte setzen. Als lösungsorientierte, bürgerliche Mittepartei. - Bürgerlich, weil dies in unserem Namen steht und unserer Überzeugung entspricht. Und bürgerlich, weil unsere politische Arbeit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes dient und ihnen Fortschritt und Wohlstand bringen soll.

Alle anderen Definitionen und Interpretationen von „bürgerlich“ sind falsch und eigennützig. Und diejenigen, welche die Deutungshoheit von „bürgerlich“ am meisten und lautesten für sich beanspruchen, setzen sich schon lange nicht mehr für das liberale Bürgertum ein, sondern gefährden dessen Fundament und seine bewährten demokratischen Institutionen.

Wir werden in diesem Wahljahr nichts Anderes tun, als das, was wir schon immer getan haben. Wir wollen versuchen, Probleme zu lösen – mit einer sachlichen und konstruktiven Politik. Und entgegen allen Unkenrufen hat die BDP mutige und lösungsorientierte Positionen, ein klares und eigenständiges Profil und einen inzwischen über 6jährigen Leistungsausweis, der sich sehen lassen kann!

Seit ihrer Gründung am 1. November 2008 hat sich die BDP in vielfältigen und wichtigen Themenbereichen aktiv eingesetzt:

- Für die Energiewende mit einem geordneten Atomausstieg
- Für eine sorgfältige Raumplanung
- Für eine liberale Wirtschaftspolitik und verantwortungsvolles Unternehmertum
- Für den Erhalt der bilateralen Beziehung zur Europäischen Union
- Für einen glaubwürdigen Finanzplatz
- Für eine gut ausgebaute Infrastruktur auf Strasse und Schiene
- Für eine moderne Familien- und Gesellschaftspolitik

- Für eine weitsichtige Altersvorsorge
- Für ein zeitgemässes duales Bildungssystem
- Für eine vorausschauende digitale Netzpolitik

Die Aufzählung ist nicht abschliessend und ich betone das Wort „für“ sehr bewusst, weil wir „für“ etwas politisieren wollen und nicht „gegen“ etwas. Wir sind keine „Selbstverteidigungs-partei“ – sonst wäre ja unsere Abkürzung nicht BDP, sondern eine andere.

Gerade die Diskussion, in welcher Beziehung wir künftig zu unseren europäischen Nachbarn stehen, stellt unser Land vor allem seit dem 9. Februar 2014 vor eine grosse und strategische Herausforderung. Die BDP hat sich hier umgehend und konstruktiv engagiert.

Vor einigen Tagen konnte gelesen werden, dass die führenden Wirtschaftsverbände die Einführung eines sog. Schutzklausel-Modells postulieren. Die Personenfreizügigkeit soll bis zu einer gewissen Obergrenze voll zur Anwendung kommen und erst ab einer gewissen Höhe kontingentiert werden. Dieser Vorschlag basiert auf einem Konzept und Berechnungen der ETH Zürich aus dem letzten Herbst.

Er entspricht aber vor allem auch vollumfänglich dem Vorschlag, welchen die BDP bereits im Frühling 2014 dem Bundesrat unterbreitet hat. Wir haben damals Freigrenzen vorgeschlagen, die sich an europäischen Vergleichswerten orientieren und damit die Personenfreizügigkeit in ihrem Grundsatz aufrechterhalten.

Es hat uns extrem gefreut, dass unsere Idee nun auch breiter unterstützt wird. Wir wollen als lösungsorientierte Partei nun auch nicht unbedingt eine Diskussion über die Frage führen: „Wer hat's erfunden?“ Wir wollen ja schliesslich Lösungen ernten und nicht Lorbeeren. – Erlauben Sie mir aber dennoch die Bemerkung, dass man bei der jüngsten Berichterstattung den Eindruck bekommen konnte, es gebe ein landesweites Verbot, die BDP, bzw. die Herkunft dieser guten Idee zu erwähnen.

Denn Tatsache bleibt, dass die Wirtschaft einige Monate nach der BDP in dieser Frage zum gleichen Schluss kommt. Und vielleicht hilft das ja der Wirtschaft in ihrer Erkenntnis, wer in diesem Land gute Wirtschaftspolitik macht und konstruktive Lösungen vorschlägt.

Die BDP wird sich in diesem Thema auf jeden Fall weiterhin stark engagieren. Es gibt ja nicht nur die aussenpolitische Schiene, auf der eine vertragskonforme Lösung mit der EU gefunden werden muss. Es gibt auch die innenpolitische Schiene, auf der wir klar den Volkswillen vom 9. Februar 2014 umsetzen und deshalb die Zuwanderung senken müssen.

Auch hier ist die BDP schon seit längerem konkret geworden. Namentlich mit der Forderung nach einer konsequenten und klaren Förderung inländischer Arbeitskräfte sowie nach Sofortmassnahmen und einem Koordinationsgremium zur Behebung des Fachkräftemangels. Es gibt abgesehen von der Senkung der Zuwanderung zudem zahlreiche weitere Gründe, die Arbeitsmarktchancen von über 50jährigen sowie von Frauen zu erhöhen. Ersteres hat die BDP schon im Februar 2013 gefordert; und gerade in der vergangenen Herbstsession wurde dank der BDP die Fortsetzung der familienergänzenden Kinderbetreuung möglich.

Wer sich für inländische Arbeitskräfte stark macht und sich namentlich auch für berufstätige Frauen einsetzt, der kann nicht nur „A“, sondern muss eben auch „B“ sagen und in diesem konkreten Fall beispielsweise die notwendigen Krippenplätze sicherstellen. Das ist nicht etatistisch oder links, sondern eine notwendige Rahmenbedingung, mit welcher der Staat es dem liberalen Arbeitsmarkt ermöglicht, vermehrt auch auf Frauen zugreifen zu können. Solche Impulse - auch wenn sie staatlich sind - fördern den liberalen Arbeitsmarkt als Bestandteil des Erfolgsmodells Schweiz. – DAS ist Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren; aber jetzt raten Sie mal, gegen wen wir uns in dieser Debatte durchsetzen mussten...

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Thema, welches für unser Land eine strategische Bedeutung hat: In der vergangenen Wintersession, aber auch in den Monaten und Jahren zuvor, hat die BDP die Energiewende aktiv und massgeblich mitgestaltet und mitgeprägt.

Ökologische Verantwortung ist nicht nur eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen, sondern bietet auch grosse wirtschaftliche Chancen mit überdurchschnittlichem Innovationspotenzial. Die BDP engagiert sich vor allem auch deshalb aktiv für einen geordneten Atomausstieg sowie für die konsequente Förderung erneuerbarer Ressourcen und technologischer Innovationen.

Unter einem geordneten Atomausstieg versteht die BDP insbesondere die Gewährung der Versorgungssicherheit sowie den Schutz bereits getätigter Investitionen. Wir sagen nicht einfach „nein“ zu Atomkraftwerken und wollen diese über Nacht abschalten. Wir sagen zuerst „ja“ zur Förderung erneuerbarer Energien, und dabei sagen wir vor allem „ja“ zur Wasserkraft. Wir sagen „ja“ zu neuen Chancen und Innovationen. Und wir sagen „ja“ zu einer Energielenkungsabgabe, die uns weg von Subventionen hin zu einem marktwirtschaftlichen Fördersystem bringen wird.

So sieht eine moderne und mutige, aber auch pragmatische und lösungsorientierte Energiepolitik aus. Und auch DAS ist eben nicht einfach nur Energiepolitik oder ökologische Affinität. – Auch DAS ist vor allem Wirtschaftspolitik, geschätzte Damen und Herren.

Es genügt angesichts der heutigen Herausforderungen nicht mehr, Wirtschaftspolitik zu machen, indem man nichts macht und dann sagt, das sei liberal... - In einer sozialen Marktwirtschaft dürfen und sollen auch Politik und Staat ihre Impulse setzen, damit die Wirtschaft in ihrer grundsätzlichen Stossrichtung einen Weg einschlägt, der nachhaltig ist und somit auch künftigen Generationen Rechnung trägt.

Die BDP will explizit eine solche nachhaltige Marktwirtschaft, welche von verantwortungsvollen Menschen – Unternehmerinnen und Unternehmern – geprägt ist. Dafür setzen wir uns ein. Für uns bedeutet „liberal“ auch „sozial-liberal“. Für uns bedeutet „liberal“ auch Verantwortung. Deshalb sind wir eigentlich „liberaler“ als die Liberalen. – Zudem muss für uns Wirtschaftspolitik weitsichtiger sein als nur bis zum nächsten Jahresabschluss. Und das macht uns nicht nur „freisinniger“ als die Freisinnigen, sondern vor allem auch „weitsinniger“...

Ein weiteres Beispiel: Sie haben an der letzten Delegiertenversammlung einstimmig die Nein-Parole zur Energie- statt Mehrwertsteuerinitiative gefasst. Wir werden diese Initiative der Grünliberalen aktiv bekämpfen und haben zusammen mit der FDP den Kampagnenlead übernommen; denn diese Initiative ist schädlich und gefährlich.

Sie ist nicht nur für eine geordnete Energiewende unnötig, sondern sie zieht auch dem Staatshaushalt den Boden unter den Füßen weg. Ich weiss nicht, wie die grünliberale Partei ihre angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit und ihre Nachhaltigkeit begründet, wenn sie an der Urne die Abschaffung der Mehrwertsteuer verlangt und damit unter anderem die Finanzierung der Sozialversicherungen gefährdet. - Künftige Generationen würden sich die Augen reiben, wenn wir so etwas tun würden.

Die gleiche Partei hat beispielsweise auch schon mehrfach Strasseninfrastrukturen bekämpft, welche für die Wirtschaft – vor allem auch für die KMU und für die Randregionen – von hoher Bedeutung sind.

Wir aber spielen die Infrastrukturen nicht gegeneinander aus, sondern betrachten sie als Lebensader für unsere Wirtschaft und als wichtige Verbindung zwischen ländlichen und urbanen Gebieten. Wir wollen uns für die KMU und die Randregionen – und insbesondere für die KMU in den Randregionen – einsetzen.

Auch DAS ist Wirtschaftspolitik. – Unsere BDP-Wirtschaftspolitik - für unser Land, seine Regionen, seine Bewohnerinnen und Bewohner, seine verantwortungsvollen Unternehmerinnen und Unternehmer.

Stellen wir also zusammenfassend – und das nicht zum ersten Mal – Folgendes fest: Es braucht diese – unsere - BDP in der schweizerischen Politik.

Wir haben durchaus Gemeinsamkeiten mit ausgewählten anderen Parteien. Das brauchen wir, um Beiträge an Lösungen leisten zu können. - Aber es gibt auch klare Unterschiede zu den anderen Parteien, mit denen wir uns differenzieren und die uns ein eigenständiges, attraktives und einzigartiges Profil geben.

Wir stellen uns mit Zuversicht den Wahlen 2015. Und wir werden im Rahmen unseres Wahlkampfes sowohl vom eigenständigen Profil unserer Partei sprechen, wie auch von den Lösungen, zu denen wir beigetragen und die wir mitgeprägt haben.

Wir werden sagen, was wir gemacht haben und noch machen wollen. Wir werden auch machen, was wir sagen. – Und wir werden auch im Wahlkampfmodus vor allem eines tun: Arbeiten. – Weiterarbeiten an guten Lösungen für dieses Land und seine künftigen Generationen.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammen diese Herausforderungen anzupacken, und ich glaube fest daran, dass uns viele Schweizerinnen und Schweizer dafür ihr Vertrauen aussprechen werden.

Wir sind gekommen, um zu bleiben. – Wir gehen nicht mehr weg.